

# Inhaltsübersicht

## Kapitel 1: Einleitung ..... 1

A. Arbeitsthesen ..... 2

B. Methodik und Gegenstand der Untersuchung ..... 3

C. Gang der Untersuchung ..... 8

## Kapitel 2: Was legitimiert die Schiedsgerichtsbarkeit?

### Kritische Würdigung eines altbekannten Lösungsansatzes ..... 10

A. Der Schiedsspruch zwischen privatrechtlichem Vergleich  
und staatlichem Urteil – eine Standortbestimmung ..... 10

B. Folgen der Einräumung prozessualer Wirkungen für die  
Schiedsgerichtsbarkeit ..... 24

C. Die verfassungsrechtlichen Verfahrensgarantien als Kern der  
Legitimationsfrage ..... 34

D. Eigener Lösungsansatz: Ergänzung der Legitimationsfrage um die Trias  
rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien ..... 58

## Kapitel 3: Erfüllt das deutsche Schiedsverfahrensrecht seine

### verfassungsrechtlichen Anforderungen? Untersuchung des staatlichen Kontrollsystems ..... 60

A. Das Regelungsgefüge aus Verpflichtungs- und Kontrollnormen für das  
laufende Schiedsverfahren ..... 61

B. Das Aufhebungs- und Vollstreckbarerklärungsverfahren als  
abschließende Kontrollinstanz ..... 113

C. Ergebnis: Grundsätzlich ausgewogenes staatliches Kontrollsystem  
vorhanden ..... 125

<b>Kapitel 4: Subjektive Begrenzung des deutschen Schiedsverfahrensrechts? Zur Erweiterbarkeit des Zehnten Buchs der ZPO .....</b>	<b>127</b>
A. Subjektive Begrenzung des Zehnten Buchs der ZPO.....	128
B. Aufstellen von Anforderungen an eine subjektive Erweiterung mittels Verfahrensvereinbarung .....	154
C. Eigener Lösungsansatz: Leitlinien für eine subjektive Erweiterung des gesetzlichen Regelungsmodells mittels Verfahrensvereinbarung.....	184
 <b>Kapitel 5: Möglichkeiten einer subjektiven Erweiterung des deutschen Schiedsverfahrensrechts mittels Verfahrensvereinbarung.....</b>	 <b>187</b>
A. Mehrparteienmodelle im Sinne der ersten Fallgruppe.....	187
B. Drittbeteiligungsmodelle im Sinne der zweiten Fallgruppe .....	220
C. Ergebnis: Leitlinien für eine rechtssichere subjektive Erweiterung des deutschen Schiedsverfahrensrechts praktisch einsetzbar.....	271
 <b>Kapitel 6: Subjektive Erweiterbarkeit des deutschen Schiedsverfahrensrechts im Falle einer Rechtsnachfolge?.....</b>	 <b>273</b>
A. Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage für die Wirkungserstreckung auf den Rechtsnachfolger .....	274
B. Vorprozessualer Eintritt der Rechtsnachfolge.....	279
C. Eintritt der Rechtsnachfolge während des laufenden Schiedsverfahrens	289
D. Eintritt der Rechtsnachfolge nach Erlass des Schiedsspruchs .....	301
E. Ergebnis: Klare und verfassungskonforme gesetzliche Grundlagen für die schiedsverfahrensrechtliche Rechtsnachfolge erforderlich.....	336
 <b>Kapitel 7: Schlussthesen .....</b>	 <b>339</b>
 Literaturverzeichnis.....	 353
Sachregister.....	369

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIV

Kapitel 1: Einleitung.....	1
----------------------------	---

A. Arbeitsthesen .....	2
B. Methodik und Gegenstand der Untersuchung .....	3
C. Gang der Untersuchung.....	8

Kapitel 2: Was legitimiert die Schiedsgerichtsbarkeit?	
Kritische Würdigung eines altbekannten Lösungsansatzes .....	10

A. Der Schiedsspruch zwischen privatrechtlichem Vergleich und staatlichem Urteil – eine Standortbestimmung .....	10
I. Die rein privatrechtliche Konfliktlösung als Ausfluss der Privatautonomie.....	13
II. Das gerichtliche Urteil als Ergebnis des staatlichen Rechtsschutzsystems.....	15
III. Die Schiedsgerichtsbarkeit als privater Konfliktlösungsmechanismus mit öffentlich-rechtlichen Wirkungen .....	17
1. Die Schiedsgerichtsbarkeit zwischen den Stühlen .....	17
2. Ein Ausflug in die Rechtsgeschichte .....	19
3. Trennung von Wesen und Wirkung der Schiedsgerichtsbarkeit.....	21
4. Zusammenfassung .....	24
B. Folgen der Einräumung prozessualer Wirkungen für die Schiedsgerichtsbarkeit.....	24
I. Verfassungsrechtliche Relevanz der prozessualen Wirkungen .....	25
1. Unmittelbare Bindung allein der Staatgewalten .....	25
2. Möglichkeit zwangsweiser Durchsetzung des Schiedsspruchs .....	27
3. Möglichkeit prozessualer Durchsetzung des Schiedsspruchs.....	28
4. Verbindliche Zuständigkeitsbegründung des Schiedsgerichts .....	29
II. Folgen der Verfassungsrelevanz der prozessualen Wirkungen .....	30

1. Pflicht des Staates zur Vorsehung eines Kontrollsystems.....	30
2. Beeinflussung des privatrechtlichen Schiedsverfahrens .....	31
3. Beeinflussung der privatrechtlichen Akteure.....	32
III. Fazit: Wechselspiel zwischen prozessualen Wirkungen und Verfassungsrecht .....	33
C. Die verfassungsrechtlichen Verfahrensgarantien als Kern der Legitimationsfrage .....	34
I. Verfassungsrechtliche Herleitung .....	34
1. Allgemeine Handlungsfreiheit und Privatautonomie? .....	34
a) Recht, privatrechtlichen Konfliktlösungsmechanismus zu nutzen .....	34
b) Kein Anspruch auf gesetzliche Regelung des privaten Konfliktlösungsmechanismus .....	36
c) Kein Anspruch, die Einräumung öffentlich-rechtlicher Wirkungen zu verlangen.....	37
d) Schutzbereich des Artikel 2 Absatz 1 GG nur partiell berührt ..	38
2. Gleichheitssatz oder „Subsidiaritätsprinzip“?.....	38
3. Die Anforderungen des Rechtsstaats an rechtsverbindliche kontradiktorische Entscheidungen.....	40
a) Grundentscheidung des Verfassungsgesetzgebers für rechtsstaatliche Verfahren .....	40
b) Verfassungsrechtlich gerechtfertigter Eingriff in das Grundrecht auf Privatautonomie.....	43
4. Fazit: Das Rechtsstaatsprinzip als Ankerpunkt prozessualer Wirkungen kontradiktorischer Entscheidungen.....	44
II. Die drei verfassungsrechtlich verbürgten Verfahrensgarantien.....	45
1. Die Zugangsgarantie .....	46
a) Herleitung und Inhalt der Zugangsgarantie.....	46
aa) Recht auf den gesetzlichen Richter? Rechtsprechungsmonopol? .....	47
bb)Recht auf Zugang zu staatlichem Rechtsschutz oder Justizgewähranspruch .....	49
b) Keine Betroffenheit durch rein privatrechtlich wirksame Disposition .....	50
c) Aber unmittelbare Betroffenheit durch prozessual wirksame Disposition .....	52
2. Die verfahrensbezogenen Ausgestaltungsgarantien.....	52
a) Inhalt und Herleitung der Ausgestaltungsgarantien.....	53
aa) Recht auf rechtliches Gehör.....	53
bb)Recht auf faires Verfahren .....	54
b) Keine unmittelbare Betroffenheit bei konsensualem Gegenstand der Durchsetzung .....	55

c) Aber unmittelbare Betroffenheit bei kontradiktorischem Gegenstand der Durchsetzung .....	56
3. Die Trias rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien als Grundlage prozessualer Wirkungen der Schiedsgerichtsbarkeit.....	57
III. Recht auf Privatautonomie als eigenständiges Legitimationsmittel?...	57
D. Eigener Lösungsansatz: Ergänzung der Legitimationsfrage um die Trias rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien.....	58

## Kapitel 3: Erfüllt das deutsche Schiedsverfahrensrecht seine verfassungsrechtlichen Anforderungen? Untersuchung des staatlichen Kontrollsystems.....60

A. Das Regelungsgefüge aus Verpflichtungs- und Kontrollnormen für das laufende Schiedsverfahren .....	61
I. Wahrung des Rechts auf staatlichen Rechtsschutz .....	62
1. Verfassungsrechtliche Anforderungen an den Ausschluss der Zugangsgarantie.....	62
a) Verzicht auf die Ausübung des konkreten Grundrechtsschutzes als Grundfall.....	63
b) Verfassungsrechtlich gerechtfertigter Grundrechtseingriff als Sonderfall.....	65
aa) Notwendige Differenzierung zwischen Verzicht und Eingriff .....	67
bb) Element der Freiwilligkeit als Abgrenzungskriterium .....	69
cc) Vorgehen bei der Abgrenzung in Grenzfällen .....	70
c) Zusammenfassung und Ausblick für die weitere Untersuchung	71
2. Grundfall vertragliches Rechtsgeschäft: Die Schiedsvereinbarung	72
a) Schiedsvereinbarung als unwiderruflicher Grundrechtsausübungsverzicht .....	73
b) Vereinbarkeit von privatrechtlichem Rechtsgeschäft und Grundrechtsausübungsverzicht .....	74
aa) Grundrechtsausübungsverzicht im Falle des Vorliegens eines Freiwilligkeitselements.....	75
bb) Ausnahmsweise verfassungsrechtlich gerechtfertigter Grundrechtseingriff?.....	75
c) Schiedsverfahrensrechtliche Anforderungen an die Schiedsvereinbarung .....	76
aa) § 1031 ZPO als klassische Formvorschrift? .....	77
bb) Verfassungsgemäßheit des § 1031 ZPO? .....	79
(1) Verfassungsgemäßheit in Bezug auf die eingeschränkte Formstrenge?.....	80

(2) Verfassungsgemäßheit hinsichtlich der Ermöglichung eines Grundrechtseingriffs? .....	82
cc) Zusammenfassung .....	83
d) Konsensbasierter Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit als gesetzlicher Regelfall .....	85
3. Sonderfall einseitiges Rechtsgeschäft: Die Schiedsverfügung .....	85
a) Ausnahmecharakter der Vorschrift .....	86
b) Verfassungskonforme Auslegung der Vorschrift .....	87
aa) Vom Bundesgerichtshof aufgestellte Grundsätze zur Auslegung des § 1066 ZPO .....	88
bb) Im Einzelfall verfassungskonformer Grundrechtseingriff zulässig .....	90
c) Keine (entsprechende) Anwendbarkeit des § 1031 ZPO auf § 1066 ZPO .....	91
4. Sonderfall schiedsgerichtliche Zuständigkeitsbegründung durch Präklusion .....	92
a) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Präklusion .....	92
b) Schiedsverfahrensrechtliche Zulässigkeit .....	95
aa) Widerspruch zu § 1027 ZPO? .....	95
bb) Erheblichkeit schiedsinterner Fristen .....	97
c) Voraussetzungen und Grenzen der Präklusion .....	99
aa) Beteiligung am Schiedsverfahren .....	99
bb) Frist säumnis in der Sphäre des Betroffenen .....	99
cc) Disponibilität des betroffenen Schutzrechts .....	100
5. Grenzen des Ausschlusses staatlicher Gerichtszuständigkeit: Die Schiedsfähigkeit .....	101
a) Inhalt der Schiedsfähigkeit in § 1030 ZPO .....	101
b) Relevanz für sämtliche Möglichkeiten der schiedsgerichtlichen Zuständigkeitsbegründung .....	102
6. Kontrollmechanismen im laufenden Schiedsverfahren .....	103
a) Gerichtliche Überprüfung bei Klage vor dem staatlichen Gericht .....	104
b) Gerichtliche Überprüfung durch Feststellungsantrag an das staatliche Gericht .....	104
c) Gerichtliche Entscheidung über einen schiedsgerichtlichen Zwischenentscheid .....	105
d) Rechtsfolgen der Kontrollmechanismen im laufenden Schiedsverfahren .....	106
II. Wahrung des Rechts auf faires Verfahren .....	107
1. Verankerung einer allgemeinen Gleichbehandlungspflicht .....	107
2. Gerichtliche Kontrolle der gleichberechtigten Einflussnahme auf die Bildung des Schiedsgerichts .....	108

3. Verankerung und Kontrolle der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Schiedsrichters .....	110
4. Verankerung des Rechts zur Hinzuziehung eines Prozessbevollmächtigten.....	111
III. Wahrung des Rechts auf rechtliches Gehör .....	111
1. Verankerung einer allgemeinen Pflicht zur Gehörsgewährung....	112
2. Verankerung spezieller Gehörsgewährungspflichten.....	112
B. Das Aufhebungs- und Vollstreckbarerklärungsverfahren als abschließende Kontrollinstanz.....	113
I. Verhältnis zu den vorgeschalteten Kontrollmechanismen .....	114
II. Antragsgebundene Überprüfung im Aufhebungsverfahren.....	116
1. Verhältnis der Aufhebungsgründe zueinander.....	118
2. Verhältnis des Aufhebungsverfahrens zu den vorgeschalteten Kontrollmechanismen .....	119
III. Obligatorische Überprüfung im Vollstreckbarerklärungsverfahren...	120
1. Verhältnis zum Aufhebungsverfahren nach § 1059 ZPO.....	121
2. Umfang der ordre public-Überprüfung.....	122
C. Ergebnis: Grundsätzlich ausgewogenes staatliches Kontrollsystem vorhanden .....	125

## Kapitel 4: Subjektive Begrenzung des deutschen Schiedsverfahrensrechts? Zur Erweiterbarkeit des Zehnten Buchs der ZPO ..... 127

A. Subjektive Begrenzung des Zehnten Buchs der ZPO.....	128
I. Zugangsgarantie versus Ausgestaltungsgarantien.....	128
II. Begrenzung des Zehnten Buchs der ZPO auf einen Parteienrechtsstreit .....	130
1. Anknüpfung der Vorschriften des Zehnten Buchs der ZPO an die Verfahrensparteistellung .....	130
a) Der (Verfahrens-)Parteibegriff im deutschen Schiedsverfahrensrecht.....	130
b) Begrenzung des Anwendungsbereichs auf die Verfahrensparteien .....	132
2. Hinzutreten eines Ausschlussakts in Bezug auf die Zugangsgarantie.....	132
3. Notwendige Differenzierung zwischen Ausschlussakt und Verfahrensparteistellung .....	133
a) Die Problematik des dualistischen Parteibegriffs .....	133
b) Keine „Beteiligung am Schiedsverfahren wider Willen“?.....	134

III. Überprüfung der eigenen These anhand der Vorschrift des § 1055 ZPO .....	135
1. Vorherrschende Ansichten zur Auslegung des § 1055 ZPO .....	137
a) Erstes Lager: Formulierung „unter den Parteien“ sei bedeutungslos .....	137
b) Zweites Lager: Formulierung „unter den Parteien“ meine die Parteien der Schiedsvereinbarung .....	139
2. Rechtshistorischer Anknüpfungspunkt der vorherrschenden Ansichten widerlegbar .....	140
a) Interventionswirkung eines gerichtlichen Urteils in der CPO von 1877 vorgesehen .....	141
b) Rechtskrafterstreckung gerichtlicher Urteile auf den Einzelrechtsnachfolger in der CPO von 1877 vorgesehen .....	142
c) Zusammenfassung .....	145
3. Gesetzessystematik der CPO von 1877 streitet für Anknüpfung an die Verfahrensparteien .....	146
4. Verfassungskonforme Auslegung streitet für Anknüpfung an die Verfahrensparteien .....	147
5. Bundesgerichtshof und Reformgesetzgeber von 1998 streiten für Anknüpfung an die Verfahrensparteien .....	148
IV. Derzeitige Begrenzung des Zehnten Buchs der ZPO auf einen Zweipersonenrechtsstreit .....	151
V. Notwendigkeit eigener Bestimmungen für eine subjektive Erweiterung .....	153
B. Aufstellen von Anforderungen an eine subjektive Erweiterung mittels Verfahrensvereinbarung .....	154
I. Abstraktion der Regelungsgedanken im Zehnten Buch der ZPO .....	155
1. Möglichkeit der Verfahrensbeteiligung zur Wahrung der Ausgestaltungsgarantien .....	156
a) Bloße Möglichkeit der Verfahrensbeteiligung ausreichend .....	156
aa) Verfahrensbeteiligung auch ohne Verfahrensparteistellung ausreichend .....	156
bb) Möglichkeit der Verfahrensbeteiligung ausreichend .....	157
b) Recht der Einflussnahme auf die Bildung des Schiedsgerichts .....	158
c) Pflicht des Schiedsgerichts zur Unabhängigkeit und Unparteilichkeit .....	159
d) Recht auf Erlangung rechtlichen Gehörs .....	160
2. Vorliegen eines Ausschlussaktes zur Wahrung der Zugangsgarantie .....	160
a) Notwendige Reichweite des Ausschlussakts .....	160
b) Subjekt eines Grundrechtsausübungsverzichts .....	162
c) Subjekt einer wirksamen Schiedsverfügung .....	162



d) Erweiterbarkeit der schiedsgerichtlichen Zuständigkeitsbegründung kraft Präklusion? .....	163
3. Vorliegen der erforderlichen Zustimmungen zur Durchführung des Schiedsverfahrens.....	164
a) Parteiliche Zustimmung aus Vertraulichkeitsgründen.....	164
b) Zustimmung des Schiedsgerichts?.....	165
4. Zusammenfassung: Notwendige Elemente für eine verfassungskonforme Erweiterung des deutschen Schiedsverfahrensrechts.....	165
II. Die Verfahrensvereinbarung als Mittel zum Zweck?.....	166
1. Das Rechtskonstrukt der Verfahrensvereinbarung im Schiedsverfahrensrecht .....	166
2. Möglichkeiten und Grenzen der privatautonomen Gestaltungsfreiheit.....	168
a) Vorprozessual absehbare Mehrparteien- und Drittbeteiligungsmodelle .....	168
b) Fälle der schiedsverfahrensrechtlichen Rechtsnachfolge .....	169
3. Erweiterbarkeit der Wirkungen eines Schiedsspruchs mittels Verfahrensvereinbarung.....	170
4. Erweiterbarkeit der gerichtlichen Kontrollmechanismen im Zehnten Buch der ZPO?.....	172
a) Beschränkung der Kontrollmechanismen im laufenden Schiedsverfahren auf die Verfahrensparteien.....	173
b) Aber Anwendbarkeit der §§ 1059, 1060 ZPO unabhängig von der Verfahrensparteistellung.....	174
III. Prüfungsmaßstab der staatlichen Gerichte .....	175
1. Mehrparteienmodelle .....	175
2. Drittbeteiligungsmodelle.....	176
a) Prüfungsmaßstab des Bundesgerichtshofs: § 138 Absatz 1 BGB.....	176
b) Kritik an der Vorgehensweise des Bundesgerichtshofs und eigene Stellungnahme.....	177
c) Fazit: Umsichtige Regelung von Drittbeteiligungsmodellen geboten.....	179
IV. Zusammenfassen von Fallgruppen praktisch notwendiger subjektiver Erweiterungen .....	180
1. Erste Fallgruppe: Mehrparteienmodelle .....	180
2. Zweite Fallgruppe: Drittbeteiligungsmodelle .....	183
3. Sonderfall: Schiedsverfahrensrechtliche Rechtsnachfolge.....	184
C. Eigener Lösungsansatz: Leitlinien für eine subjektive Erweiterung des gesetzlichen Regelungsmodells mittels Verfahrensvereinbarung.....	184

## Kapitel 5: Möglichkeiten einer subjektiven Erweiterung des deutschen Schiedsverfahrensrechts mittels

### Verfahrensvereinbarung .....187

#### A. Mehrparteienmodelle im Sinne der ersten Fallgruppe..... 187

##### I. Konkreter Regelungsbedarf für die Verfahrensvereinbarung.....188

##### 1. Ausschlussakt und allseitige Zustimmung zum

##### Mehrparteischiedsverfahren .....189

##### a) Mehrseitige Schiedsvereinbarung.....189

##### b) Reichweite einer Schiedsvereinbarung im Falle der Mehrheit von Verfahrensparteien?.....191

##### aa) „Bindung“ von Personengesellschaftern mittels § 128 Satz 1 HGB? .....192

##### bb) „Bindung“ von Konzernunternehmen mittels einer Group of Companies Doctrine?.....196

##### c) Weitere Möglichkeiten der wirksamen schiedsgerichtlichen Zuständigkeitsbegründung.....197

##### 2. Möglichkeit der Verfahrensbeteiligung als Verfahrenspartei.....199

##### 3. Recht der Einflussnahme auf die Bildung des Schiedsgerichts....200

##### a) Inhaltliche Anforderungen.....201

##### b) Zeitliche Grenzen .....204

##### 4. Weitere Voraussetzungen .....205

##### II. Einzelne Anwendungsfälle im Rahmen der ersten Fallgruppe.....206

##### 1. Gewillkürte Parteienmehrheit aus prozessökonomischen Gründen.....206

##### 2. Zwingende Parteienmehrheit aus materiell-rechtlichen Gründen.....208

##### 3. Verfahrensverbinding beziehungsweise Consolidation.....209

##### 4. Parteibeitritt beziehungsweise Joinder .....211

##### 5. Drittklagen und Drittwiderklagen .....212

##### a) Zivilprozessualer Anknüpfungspunkt im deutschen Recht: Die Drittwiderklage.....212

##### b) Zivilprozessuale Anknüpfungspunkte in anderen Rechtsordnungen: Die Drittklage.....214

##### c) Umsetzungsmöglichkeiten im Schiedsverfahren.....215

##### aa) Die Drittwiderklage nach deutschrechtlichem Beispiel .....216

##### bb) Weitere Möglichkeiten der Durchführung einer Drittklage 216

##### 6. Parallele Schiedsverfahren mit identischem Schiedsgericht anstelle von Mehrparteischiedsverfahren?.....218

##### III. Fazit: Mehrparteienkonstellationen mit geringem Regelungsaufwand durchführbar.....219

#### B. Drittbeteiligungsmodelle im Sinne der zweiten Fallgruppe ..... 220

##### I. Konkreter Regelungsbedarf im Rahmen der Verfahrensvereinbarung 221

1. Ausschlussakt und allseitige Zustimmung zur Drittbeteiligung...	222
2. Möglichkeit der Verfahrensbeteiligung und der Erlangungen rechtlichen Gehörs .....	226
3. Recht der Einflussnahme auf die Bildung des Schiedsgerichts....	227
4. Pflicht des Schiedsgerichts zur Unabhängigkeit und Unparteilichkeit .....	229
5. Erweiterung der Wirkungen des Schiedsspruchs .....	230
6. Zusammenfassung .....	232
II. Einzelne Anwendungsfälle im Rahmen der zweiten Fallgruppe .....	232
1. Inter omnes-artige Wirkungserstreckung des Schiedsspruchs.....	233
a) (Zivilprozessualer) Anknüpfungspunkt im deutschen Recht...	234
b) Umsetzungsmöglichkeiten im Schiedsverfahren am Beispiel gesellschaftsrechtlicher Beschlussmängelstreitigkeiten .....	235
aa) Gesellschaftsrechtliche Beschlussmängelstreitigkeiten in Kapitalgesellschaften.....	236
bb) Inter omnes-artige Wirkungserstreckung in personengesellschaftsrechtlichen Beschlussmängelstreitigkeiten .....	238
c) Gesellschaftsrechtliche Beschlussmängelstreitigkeiten und Präklusion im Aufhebungsverfahren?.....	240
aa) Annahme einer umfassenden Präklusion unabhängig vom Anknüpfungspunkt nicht möglich .....	242
bb) Lösungsvorschlag: Herbeiführung einer frühzeitigen gerichtlichen Überprüfung gemäß § 1032 Absatz 2 ZPO ...	244
d) Praktische Relevanz einer prozessual notwendigen Streitgenossenschaft im Schiedsverfahren .....	245
2. Streitverkündung .....	246
a) Zivilprozessualer Anknüpfungspunkt im deutschen Recht.....	246
aa) Umsetzungsmöglichkeiten im Schiedsverfahren .....	247
bb) Ausschlussakt und allseitige Zustimmung zur Streitverkündung .....	248
cc) Beteiligung des Dritten an der Bildung des Schiedsgerichts und ihre Folgen .....	250
dd) Herbeiführbarkeit einer gerichtlichen Entscheidung über die Zulässigkeit der Streitverkündung?.....	253
ee) Weitere Voraussetzungen .....	255
b) Bisherige Ansätze zur Streitverkündung im Schiedsverfahren	255
aa) Die Münchener Regeln zur Streitverkündung in Schiedsverfahren .....	256
bb) Die Regelungen der SO Bau 2020 und der SL Bau 2021 ...	259
cc) Die Regelungen der Swiss Rules und der Wiener Regeln ..	259
dd) Der Entwurf der DIS-ERS .....	260

c) Praktische Relevanz einer Streitverkündung im Schiedsverfahren .....	261
3. Nebenintervention.....	263
a) Zivilprozessualer Anknüpfungspunkt im deutschen Recht.....	263
b) Umsetzungsmöglichkeiten im Schiedsverfahren.....	264
aa) Voraussetzungen für eine Nebenintervention im Schiedsverfahren .....	264
bb) Pflicht zur Zulassung einer Nebenintervention im Schiedsverfahren?.....	266
cc) Bisherige Ansätze zur Nebenintervention im Schiedsverfahren .....	267
c) Praktische Relevanz einer Nebenintervention im Schiedsverfahren? .....	268
4. Andere Formen der Drittbeteiligung .....	269
III. Fazit: Nachbildung von Drittbeteiligungsmodellen mit erhöhtem Regelungsbedarf möglich .....	270
C. Ergebnis: Leitlinien für eine rechtssichere subjektive Erweiterung des deutschen Schiedsverfahrensrechts praktisch einsetzbar.....	271

## Kapitel 6: Subjektive Erweiterbarkeit des deutschen Schiedsverfahrensrechts im Falle einer Rechtsnachfolge?.....273

A. Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage für die Wirkungserstreckung auf den Rechtsnachfolger .....	274
I. Rechtsnachfolge mit dem Grundkonzept der Schiedsgerichtsbarkeit nicht vereinbar .....	275
II. Vorliegen einer Eingriffssituation im Falle der Wirkungserstreckung auf Rechtsnachfolger .....	275
1. Keine „Rechtsnachfolge in Grundrechtsschutz“ .....	276
2. Öffentlich-rechtliche Institute der Rechtsnachfolge als Eingriffsinstitute .....	277
III. Notwendigkeit hinreichend bestimmter und verhältnismäßiger gesetzlicher Eingriffsgrundlagen.....	278
B. Vorprozessualer Eintritt der Rechtsnachfolge.....	279
I. Vorliegen einer Grundrechtseingriffssituation .....	280
II. Vorliegen einer hinreichend bestimmten und verhältnismäßigen gesetzlichen Eingriffsgrundlage? .....	281
1. Keine spezifische Eingriffsgrundlage im deutschen Schiedsverfahrensrecht .....	281
2. Vorschriften des materiellen Rechts als geeignete Eingriffsgrundlagen? .....	281

a) Fall der Gesamtrechtsnachfolge.....	282
b) Fall der Einzelrechtsnachfolge.....	283
c) Übertragbarkeit der Grundsätze zur Schiedsvereinbarung auf den Übergang einer Schiedsverfügung?.....	287
III. Fazit: Vorprozessualer Eintritt der Rechtsnachfolge mit dem bestehenden Recht weitgehend lösbar.....	287
C. Eintritt der Rechtsnachfolge während des laufenden Schiedsverfahrens	289
I. Vorliegen einer Grundrechtseingriffssituation .....	289
II. Vorliegen einer hinreichend bestimmten und verhältnismäßigen gesetzlichen Eingriffsgrundlage? .....	289
1. Fall der Gesamtrechtsnachfolge .....	290
a) Gesetzliche Grundlage für die Bindung des Gesamtrechtsnachfolgers an den bisherigen Verfahrensstand .....	291
b) Gesetzliche Grundlage für die verfahrensrechtlichen Folgen der Gesamtrechtsnachfolge? .....	292
2. Fall der Einzelrechtsnachfolge .....	293
a) Keine analoge Anwendbarkeit der allgemeinen zivilprozessualen Regelungen.....	295
b) Kein Rückgriff auf die Vorschriften des materiellen Rechts ...	297
c) Rückgriff auf prozessvertragliche Verfahrensförderungspflicht nicht ausreichend.....	297
d) Gesetzliche Ausgangslage und alternative Lösungsmöglichkeiten.....	298
III. Fazit: Gesetzliche Regelung der Rechtsnachfolge im laufenden Schiedsverfahren wünschenswert.....	300
D. Eintritt der Rechtsnachfolge nach Erlass des Schiedsspruchs .....	301
I. Vorliegen einer Grundrechtseingriffssituation .....	302
II. Vorliegen einer hinreichend bestimmten und verhältnismäßigen gesetzlichen Eingriffsgrundlage? .....	303
1. Rechtskrafterstreckung eines Schiedsspruchs auf den Rechtsnachfolger .....	304
a) Vorliegen einer hinreichend bestimmten gesetzlichen Eingriffsgrundlage? .....	304
aa) Keine spezifische Eingriffsgrundlage im deutschen Schiedsverfahrensrecht .....	306
bb) Keine analoge Anwendbarkeit der allgemeinen zivilprozessualen Regelungen.....	308
cc) Kein Rückgriff auf die Vorschriften des materiellen Rechts.....	309
dd) Kein Rückgriff auf den hypothetischen Übergang der zugrundeliegenden Schiedsvereinbarung .....	310
ee) Fazit: Vorliegen einer eindeutigen gesetzlichen Eingriffsgrundlage höchst zweifelhaft .....	312

b) Verhältnismäßigkeit einer Rechtskrafterstreckung des Schiedsspruchs auf den Rechtsnachfolger?.....	313
aa) Konzeption der Rechtskraftwirkung eines Schiedsspruchs nicht auf Grundrechtseingriff ausgelegt .....	314
bb) Kontrolle rechtsstaatlicher Mindeststandards nach derzeitiger Rechtslage nicht gesichert.....	316
c) Fazit: Eindeutige und verhältnismäßige Grundlage für die Rechtskrafterstreckung wünschenswert .....	317
2. Zwangsweise Durchsetzbarkeit eines Schiedsspruchs gegen den Rechtsnachfolger .....	318
a) Vorliegen einer hinreichend bestimmten gesetzlichen Eingriffsgrundlage? .....	318
aa) Verweis auf die Vorschrift des § 727 Absatz 1 ZPO .....	319
bb) Anknüpfbarkeit an den gerichtlichen Vollstreckbarerklärungsbeschluss .....	319
cc) Anknüpfbarkeit an den Schiedsspruch selbst?.....	321
b) Verhältnismäßigkeit einer zwangsweisen Durchsetzbarkeit des Schiedsspruchs gegen den Rechtsnachfolger .....	322
c) Fazit: Zwangsweise Durchsetzbarkeit gegenüber dem Rechtsnachfolger mit dem bestehenden Recht weitgehend lösbar .....	323
III. Übertragung der Erkenntnisse zur materiellen Durchsetzbarkeit auf die Rechtskrafterstreckung eines Schiedsspruchs.....	323
1. Annahme einer Nichtigkeit des Schiedsspruchs für Legitimation der Rechtskrafterstreckung ausreichend? .....	324
a) Kein einstimmiges Meinungsbild .....	324
b) Zulässigkeit einer entsprechenden Auslegung zweifelhaft .....	326
c) Zusammenfassung .....	327
2. Legitimation der Rechtskrafterstreckung durch weite Auslegung des § 1059 Absatz 3 ZPO? .....	328
3. Eigener Lösungsvorschlag: Legitimierung der Rechtskrafterstreckung des Schiedsspruchs mittels inzidenter gerichtlicher Anerkennungsprüfung .....	329
a) Der Eigenweg des deutschen Gesetzgebers betreffend die prozessuale Durchsetzung inländischer Schiedssprüche .....	329
aa) Gerichtliche Anerkennungsprüfung von Schiedssprüchen im internationalen Kontext .....	329
bb) Anerkennung ausländischer Urteile und inländischer Schiedssprüche in der deutschen Rechtsentwicklung .....	331
b) Notwendigkeit gerichtlicher Überprüfung vor der Wirkungserstreckung auf den Rechtsnachfolger .....	333
c) Ausblick: Legitimationsstärkung der Schiedsgerichtsbarkeit durch eine allgemeine gerichtliche Anerkennungsprüfung? .....	334

E. Ergebnis: Klare und verfassungskonforme gesetzliche Grundlagen für die schiedsverfahrensrechtliche Rechtsnachfolge erforderlich .....	336
 Kapitel 7: Schlussthese	 339
Literaturverzeichnis.....	353
Sachregister.....	369